

## ■ AUS BERNER SICHT

## Göring und Rommel

VON STEFAN SCHMID



**Hermann Göring** war ein führender Nazi. Ab 1935 kommandierte er die deutsche Luftwaffe. Der von Adolf Hitler zum Reichsmarschall ernannte Göring war für den Aufbau der Konzentrationslager verantwortlich. Er gab den Befehl für die «Endlösung der Judenfrage», der Ausrottung aller Juden Europas. Göring machte sich abscheulicher Verbrechen schuldig. Am 1. Oktober 1946 wurde er vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal schuldig gesprochen und zum Tod verurteilt, dem er sich durch Selbstmord entzog.

Roger Köppel, Chefredaktor der «Weltwoche» und SVP-Nationalrat, schrieb jüngst ein vergleichsweise wohlwollendes Editorial über Göring. Dabei verstieg sich Köppel zur Aussage, Göring sei «weder Monster noch Teufel» gewesen. «Sein Trauma war der Absturz Deutschlands nach dem Weltkrieg 1918. Wie Millionen andere glaubte er in Hitler den genialen Wiedererrichter deutscher Grösse zu erblicken.» Der arme Tropf!

Am 24. Juni 2000 erschien im Magazin des «Tages-Anzeigers» ein Interview mit Christoph Blocher, damals Chef der Ems-Chemie und Nationalrat der SVP. Auf die Frage, welchen militärischen Führer er bewundere, sagte Blocher: Erwin Rommel, Hitlers Vorzeige-General. «Rommel liebte sogar den Feind. Er war kein Moralist, der sich für etwas Besseres hielt», gab Blocher zu Protokoll, historische Fakten kalt ignorierend. Blocher bewunderte Rommels Instinkt: Er entschied aus dem Bauch heraus, «wann angreifen, wo angreifen». Die Tausenden von Toten, die Rommels Armeen hinterlassen haben, interessierten Blocher nicht. Auch der Gesprächsleiter verpasste es, nachzufragen. Sein Name: Roger Köppel, damals Chefredaktor des Magazins.

Stefan Schmid ist Leiter der Bundeshausredaktion der «Südschweiz» und der «Aargauer Zeitung».

## ■ SCHWEIZERHÖFLI

## Die grosse Röhre



VON MARC SCHWITTER

**Am Stammtisch.** Peter lacht. «Unglaublich! Da wird eine Initiative vom Volk angenommen und anschliessend von den Politikern einfach ignoriert.» Koni nickt vehement. «Endlich hast du es auch begriffen. Jetzt haben wir ein Ja zur Masseneinwanderungsinitiative und nichts ist passiert!» Peter schaut verwundert. «Masseneinwanderung? Ich rede von der Alpeninitiative und der zweiten Gotthardröhre.»

Koni bleibt der Mund offen stehen. «Was für eine Initiative?» Peter: «Aha, auf der linken Hirnhälfte fehlt dir wohl das Erinnerungsvermögen, wenn es um den Volkswillen geht. 1994 haben wir darüber abgestimmt, dass wir den Verkehr in den Alpen reduzieren wollen. Und jetzt kommt ihr mit einer zweiten Gotthardröhre.» Koni bestellt noch ein Bier. «Jetzt hast du es ja gerade gesagt. Die Linken wollten das! Nicht das Volk.» Peter: «52 Prozent vom Volk wollten das. Ein klares Ja!» Koni winkt ab. «Du kannst doch nicht vom Volk sprechen, wenn so ein Seich angenommen wird. Das Volk ist mehr als eine Zahl. Das Volk ist die Schweiz, vertreten durch die Volkspartei. Logisch, oder?» Peter winkt ab. «Das klingt jetzt mehr nach grosser Röhre als nach zweiter. Euch scheint der Volkswille nur gerade dann wichtig zu sein, wenn er in euren Kram passt.»

Koni nimmt einen Schluck von seinem Bier. «Ganz ehrlich, Peter? Eigentlich hast du recht. Die Alpeninitiative müsste man genauso durchsetzen wie die Masseneinwanderungsinitiative. Dass dies nicht geschieht, zeigt, wie verlogen wir mit unserer direkten Demokratie umgehen – von links bis rechts.» Peter schaut entgeistert. «Das war jetzt sehr ehrlich.» Koni nickt und nimmt sein Glas. «So ehrlich, wie man nur am Stammtisch sein darf. Zum Wohl!»

Marc Schwitter arbeitet unter anderem als Pointenschreiber für Giacobbo/Müller. [www.textpingpong.ch](http://www.textpingpong.ch).

## ■ ORLANDOS WOCHENSCHAU



## ■ KOLUMNE VON GREGOR RUTZ

## Neues Jahr – neue Herausforderungen

**Nach der hektischen Wintersession** hat das neu zusammengesetzte Parlament im Januar nun auch die Arbeit in den Kommissionen aufgenommen. Jetzt weist sich, ob die stärkere Vertretung der bürgerlichen Parteien in der Lage ist, einen politischen Kurswechsel vorzunehmen. Gelingt es, die Zahl der neuen Gesetze substanziell zu reduzieren? Gelingt es, in der Sicherheits- und Ausländerpolitik neue Akzente zu setzen? Und gelingt es endlich, liberale Rahmenbedingungen im Medienbereich zu schaffen? Diese und andere Fragen werden die neue Legislatur prägen.

Bald schon stehen Abstimmungen an. Im Zentrum der Diskussionen steht dabei zunächst die Frage der Sicherheit – sowohl bei der Sanierung des Gotthard-Tunnels als auch bei der Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative. Blickt man auf die derzeitigen Diskussionen in Deutschland, müsste der Fall eigentlich klar sein. Wenn sogar ein SPD-Justizminister sagt, für ausländische Straftäter gebe es keine Toleranz mehr bezüglich Aufenthaltsrecht, ist dies ein deutliches Signal. Die deutsche Regierung hat erkannt, dass nach Vorfällen wie in Köln der Rechtsstaat und die Behörden gefordert sind. Verstösse gegen das Gesetz müssen Konsequenzen haben. Eine dieser Konsequenzen für ausländische Straftäter ist die Ausweisung.

Es ist oberste Aufgabe von Behörden und Politik, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Wem dies ein Anliegen ist, tut gut daran, am 28. Februar Ja zur Durchsetzungsinitiative zu stimmen: Diese Initiative gewährleistet, dass für kriminelle Ausländer bei schweren Delikten zwingend eine Landesverweisung angeordnet wird.

Sodann geht es aber auch um die Sicherheit im Strassenverkehr. Der Bau der zweiten Gotthard-Röhre ist überfällig: Der Gegenverkehr im heutigen Tunnel birgt enorme Risiken und Gefahren. Richtungsgetrennte Röhren hingegen würden die erforderliche Sicherheit und wären eine Entlastung für alle Autofahrer. Überdies ist die Massnahme für das Tessin lebenswichtig: Wir können es uns nicht leisten, den Kanton bei einer Tunnel-sanierung vom Rest der Schweiz abzuschneiden. Darum ist auch hier ein Ja die richtige Antwort.

Blättern wir in der politischen Agenda weiter, stossen wir bald auf die «Service public»-Diskussion. Diese Debatte ist bereits im letzten Jahr im Parlament entbrannt. Auf Mitte 2016 ist der «Service public»-Bericht des Bundesrats angekündigt.

Die Landesregierung nimmt diese Aufgabe ohne Begeisterung wahr; dem Bundesrat wäre es lieber, die Diskussion müsste nicht geführt werden. Gleichzeitig ist Bewegung in die Teppichetage der SRG gekommen. In bislang unbekannter Kadenz präsentiert die SRG Ideen, Konzepte, Überlegungen – und sogar erstmals Zahlen zu den Kosten einzelner Sendungen. Dank des immensen politischen Drucks konnte es dazu kommen.

Doch seien wir uns bewusst: Es ist nicht das Anliegen der SRG, Transparenz zu schaffen oder Vielfalt zu gewährleisten. Das Anliegen der SRG ist die Erhöhung der Zuschauerzahlen, die Festigung der Marktmacht und die weitere Verdrängung privater Konkurrenten. Wenn Roger de Weck davon spricht, dass Netflix und Youtube Hauptkonkurrenten der SRG seien, weiss er ganz genau um die Absurdität seiner Aussage. Er ist sich sehr wohl bewusst, dass die Konkurrenten seines Unternehmens die privaten Medienhäuser im eigenen Land sind. Es gibt auch am Leutschenbach zu denken, dass der «Sonn-Talk» von Tele Züri oft mehr Zuschauer hat als die «Arena».

Dass die SRG-Führung für die Stärkung ihres Unternehmens kämpft, ist nachvollziehbar. Dass die SRG aber nicht ein privater Betrieb ist, der im wirtschaftlichen Wettbewerb steht, macht die Angelegenheit zum Politikum. Die SRG ist ein gebührenfinanziertes Unternehmen mit öffentlichem Auftrag, das aus einer Monopolstellung herausgewachsen ist und, trotz technologischen Fortschritts und immer mehr privaten Anbietern, während Jahren expandiert hat. Die ordnungspolitische Vernunft hätte das Gegenteil erfordert.

Über ein Joint Venture mit Swisscom und Ringier will die SRG nun auch ihre Stellung in der Werbevermarktung stärken. Dass die Verleger entsetzt sind, liegt auf der Hand. Hoffen wir, dass bis zum Sommer auch noch der eine oder andere Parlamentarier merkt, was hier gespielt wird. Eine Tragödie für eine freie Demokratie, welche auf Marktwirtschaft und Wettbewerb baut. Die bürgerliche Mehrheit ist gefordert.



\* Gregor Rutz ist Jurist, Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikations- und Strategieberatung. Seit 2012 vertritt er die SVP im Nationalrat. Er ist Präsident der IG Freiheit und wohnt in Zürich.

## ■ TWEETS DER WOCHE

«Seit Silvester haben mich schon drei Leute dazu aufgefordert, in meine Heimat zurückzukehren. Was soll ich denn bitte in Göttingen?»

Mit seinem erst zweiten Tweet avancierte Ssaman Mardi (@SsamanMardi) zum Star auf Twitter. Der Deutsch-Iraner kennt rassistische Anfeindungen aus dem Alltag, doch seit den kriminellen Attacken in Köln ist alles noch viel schlimmer.

«Traurig ist es ja, dass sich eine Frau schämt, wenn ihr Unrecht geschieht. Normal wäre ja, dass sich der schämt, der das Unrecht beging ...»

Auch Sandra (@cosima73) äussert sich zu den sexuellen Übergriffen rund um den Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht.

«I grew up listening to and watching the pop genius David Bowie. He was a master of re-invention, who kept getting it right. A huge loss.»

Die Nachricht vom Tod David Bowies verbreitete sich rasant in den sozialen Netzwerken. Der britische Premierminister David Cameron (@David\_Cameron) teilte mit, Bowies Tod sei ein «riesiger Verlust». Er sei mit der Musik dieses «Popgenies» aufgewachsen.

«Jetzt sitzt Freddie Mercury wenigstens nicht mehr alleine auf dem Mars und kann mit David Bowie 'Under Pressure' singen.»

Stephan (@DieAcademy) äussert sich ebenfalls zum Tod von Popmusiker David Bowie.

«Eine amerikanische Studie hat ergeben: Frauen schlafen generell schlechter als Männer. Klar! Frauen haben ja auch ein Gewissen ...»

Comedian Stefan Büsser (@stefanbuesser) tut der Männerwelt mit diesem Tweet keinen Gefallen.